

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Verlagspreis: monatlich 2.50 M., vierteljährlich 7.50 M. Durch die Post bezogen 14.10 M. Bestellgeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Vertriebsbehinderung hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorerstattung der Zeitung oder Nachzahlung der Gebühren.

Ämliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Postgeschäftsstelle: Wiesbaden, Altfeldstraße 11, Fernruf Nr. 2015 und 2016. — Anzeigenpreise: Die 34 mm breite Kolonnenzeile 60 Pf., die 22 mm breite Reklamenzeile 2.— M.; außerhalb: 75 Pf. bezw. 1.— M. Ausland 2.— bezw. 6.— M. Rabatt lt. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 298

Dienstag, 29. Juni 1920.

74. Jahrgang

Die neue Regierung vor dem Reichstag.

In einer groß angelegten, dem Ernst der Lage würdigen und von dem Gefühl hoher Verantwortlichkeit erfüllten Rede hat gestern der Reichskanzler Fehrenbach das Programm der neuen Regierung vor den Vertretern des Volkes entwickelt. Der Geist harten Pflichtbewusstseins, echter Selbstkritik und festen Arbeitswillens ist die Signatur des Regierungsprogramms, das mit erschütternder Offenheit die Fehler und Schäden aufdeckt, die so viel Anlaß zu oft verzeifelnder Kritik gaben. Die Erkenntnis des für unser Land und Volk notwendigen und erwünschten Willens, dieses notwendige zu schaffen. Und dieser Wille ist über alles die Erscheinung tretendes besonderes Merkmal der Fehrenbach'schen Kundgebung. Daß sie im übrigen mehr einen Rahmen als eine Darstellung der einzelnen Handlungen bildet, die von der neuen Regierung getätigt werden sollen, können wir angesichts der schwierigen, noch vielfach ungelösten Gesamtverhältnisse verstehen. Man kann und will sich im Einzelnen noch nicht auf Dinge festlegen, deren Gehalt durch den guten Willen allein noch nicht lebendig werden kann. Eins jedoch ist heute schon klar: die bürgerliche Regierung, deren Erklärung sichtbar den Einfluß der neuen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei zeigte, besitzt in ihrem Programm eine Plattform, auf der sich der fast zum Ueberdruß besprochene und beschriebene Wiederaufbau in Angriff nehmen läßt. Verhindern kann diese Arbeit nicht mehr die Willenslosigkeit und Unfähigkeit Einzelner, sondern nur die Sabotage jener Parteien, die bisher nur von selbstherrlichem Interesse geleitet wurden. Wenn Herr Scheidemann sagt, daß, wenn es nach seinen Wünschen ginge, auf der Regierungsbank nur Vertreter der arbeitenden Massen sitzen dürften, so beweist diese Äußerung ein Maß von Kurzsichtigkeit und Verbarren auf einem heute geradezu unfindlichen Klassenkampfstandpunkt, das unbegreiflich erscheint. Wir glauben, daß es weder im Sinne noch im Interesse des überwiegenden Teils der deutschen Arbeiterschaft liegt, wenn immer wieder von ihren Führern die kaum notdürftig überbrückten Gegensätze neu vertieft werden. Und wir hoffen, daß der Regierung der Beweis gelingt, daß die Interessen der arbeitenden Massen von sich vertreten werden, wie es nötig ist. Daß im übrigen Herr Scheidemann bei den Unabhängigen, um die er mit beneidenswertem Ausmaß wirbt, wenig Dank und Gegenliebe findet, trotzdem er immer wieder versucht, sich näherens ihrem Programm des Klassenkampfes zu nähern, bemerkt Herr Bergström, der für die Deutsche Nationalen Volkspartei sprach, leide den Standpunkt seiner Partei in einer Form, die überraschend wird, und die nur als Ausdruck der Mißstimmung über die nicht erfolgte Aufnahme in die Regierung verstanden ist. Das Verlangen einer Vertrauensklärung, die Stellungnahme auf Zeit, das Abhängigmachen der Unterstützung von der Befolgung gewisser Grundzüge und die Androhung scharfer Opposition im anderen Falle lassen die voraussichtliche Haltung der Parteien als ziemlich zweifelhaft erscheinen. Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch hier ein Mächtig und eine Grundfrage geschaffen wird, die die Anteilnahme der wertvollen Kräfte dieser Partei am Wiederaufbau ermöglicht.

Reichskanzler Fehrenbach, der über den guten Willen Deutschlands, den Friedensvertrag zu erfüllen, gesprochen hat und die Schuld an der monatelangen Durchführung einzelner Bestimmungen den Verhältnissen zuschreibt, hat fort: Wir werden es als unsere vornehmste Aufgabe betrachten, der verhängnisvollen Wechselwirkung, die zwischen dem Mißtrauen der Gegner und dem Mißlingen der Erfüllung der vertraglichen Bestimmungen besteht, ein Ende zu machen, indem wir alle unsere früheren Gegner davon überzeugen, daß in dem deutschen Volke machtpolitische Gedanken und Träume oder Revanchelüste unzulässiger Boden finden, die eindringlicher man ihnen entzogen, und daß jeder gute Deutsche jetzt nur das Lösungswort kennt: Deutschland muß durch friedliche Arbeit und gutes Einvernehmen mit den Nachbarvölkern wieder in die Höhe kommen.

Wir sehen einen Fortschritt darin, daß die vielen gegenläufigen Probleme des gemeinsamen Wiederaufbaus zwischen den Beteiligten nunmehr mündlich besprochen werden sollen. Wir können dieser Besprechung aus sehr begründeten Gründen nicht vorgreifen.

In der inneren Politik ist unsere vornehmste Sorge der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Diesem auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsform tatkräftig weiterzuführen, wird der unumstößliche feste Wille der Regierung sein. Alle Parteien fordern wir auf, verfassungsrechtliche Ansprüche zurücktreten zu lassen. Wir stehen auf dem Boden der politischen Gleichberechtigung aller Deutschen und lehnen daher jeden Versuch der Aufriktion einer Klassenherrschaft oder die Bewilligung von Vorrechten an eine Klasse ab. (Anruf bei den Unabhängigen. Beifall rechts.)

Unser Ziel ist eine Politik der Versöhnung (Anruf bei den Unabhängigen) und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet.

Deshalb bekämpfen wir jeden Klassen- und Rassenhaß, jede soziale und religiöse Verengung. Was uns jetzt vor allem nottut, ist Ruhe und Ordnung in unserem Staatsleben. Die Regierung appelliert deshalb an das gesamte Volk, gleichgültig welcher Parteirichtung. Führen wir den schrecklichen Krieg nicht fort im Innern, nachdem er an den Grenzen des Reichs ausgelebt hat. (Zurufe bei den Unabhängigen: Das sagen Sie nur der Rechten!) Dem Appell an die Gewalt muß und wird die Regierung unparteiisch nach allen Seiten tatkräftig entgegenzutreten und jeden Versuch einer gewalttätigen Ummwälzung, wofür er auch kommt, niederzukämpfen.

Auf den Grundmannern der Verfassung von Weimar soll der Aufbau des inneren Staatswesens weitergeführt werden. Die Regierung wird sich dabei von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß den Ländern im Rahmen des Reichsrechtes Freiheit der Entwicklung gewährt und gesichert werden soll. (Beifall.) Einer Ueberprüfung der Zentralisation und was damit zusammenhängt. Die Reichsregierung und das deutsche Volk seien die feste unerschütterliche Zuversicht, daß bei der bevorstehenden Abstimmung über das zukünftige Schicksal von Teilen Ost- und Westpreußens und von Oberschlesien die durch Jahrhunderte bewährte deutsche Bestimmung der Bevölkerung den Sieg unserer gerechten Sache verbürgt. (Beifall.) (Beifall.) In ähnlichem Sinne gedenken wir der Bevölkerung von Eupen und Malmedy. Die Durchführung der Neuorganisation der Reichswehr wird dazu führen, die bedauerlicherweise entlassene Luft zwischen Volk und Heer zu überbrücken. (Zustimmung rechts, Zwischenruf links: Fort mit der Reichswehr!) Handel und Verkehr, Gewerbe und jede Arbeit sind durch unaußgesetzliche Entwertung des Papiergeldes und die sich daraus natürlich ergebenden Lohnkämpfe auf das ernsteste gefährdet. Dieser Gefahr muß begegnet werden. Mit allen an Gebote stehenden Mitteln werden wir unser Volk vor dem Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft und der Staatswirtschaft bewahren. Darum muß die Sanierung der Finanzen des Staates

mit allem Nachdruck gefördert werden. Wenn sich die neueröffneten Einnahmequellen entsprechend den Beurteilungen entwickeln, werden an Steuern 24 Milliarden einzuheben, darunter allerdings 3 Milliarden einmalige Steuern. Aber trotz dieser Steuern ist die Last der Staatsschuld eine ganz bedeutende, denn Milliardebeträge sind auch die Schulden infolge des Friedensvertrages, des Wiederaufbaus und des Selbstbetrages der Verkehrsverwaltung. Wir sind also noch nicht zu Ende mit unseren Reformarbeiten auf diesem Gebiete. Die Post rechnet mit einem Defizit von nahezu einer Milliarde, die Eisenbahn mit mehr als 15 Milliarden. Hier muß unbedingt Hilfe geschaffen werden. Weiterhin muß unsere Volkswirtschaft durch die

Wiederbelebung unserer Gütererzeugung gefördert werden. Unsere einzige Rettung liegt in der Steigerung unserer Erzeugung, die mit allen Kräften unterstützt und gefördert werden muß. Unsere Ernährungslage ist nach wie vor sehr besorgniserregend. Für die Aufrechterhaltung unserer Ernährung werden wir auch weiterhin auf größere Zufuhren aus dem Ausland angewiesen sein. Wollen wir die wirtschaftliche Wiedergesundung, so genügt es nicht, daß wir auf den bisherigen dürftigen Nationen stehen bleiben. Unser Bestreben muß daher in nächster Zukunft darauf gerichtet sein, eine größtmögliche Steigerung unserer Zufuhren zu erreichen. Bei dieser Gelegenheit muß ich den tiefsten Dank unseres Volkes den hochherzigen ausländischen Menschenfreunden ausdrücken, die täglich Tausenden von hungernden deutschen Kindern Speise verabreichen. Das Rückgrat unserer Ernährung ist die heimische Landwirtschaft. Der Wiederaufbau der landwirtschaftlichen Produktionskräfte ist eine der ersten Voraussetzungen für den Wiederaufbau. Die neue Regierung wird alle sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen ergreifen, um die Kohlenförderung sicherzustellen. Das im Interesse der Volkswirtschaft beantragte Sozialversicherungsrecht, insbesondere die Sozialversicherung der Elektrizitätswirtschaft, wird lokal durchgeführt werden. Zweck und Erfolg jeder Sozialversicherung soll eine Steigerung der Produktion sein. Die Regierung bekräftigt es lebhaft, daß gleichzeitig mit ihr der Reichswirtschaftsrat seine Arbeiten beginnt. An der Durchführung der

sozialen Reformen hält die neue Regierung fest. Eine Versicherungsreform in Anpassung an die heutigen Verhältnisse wird nötig sein. Die Regierung denkt dabei vor allem an eine Neuaufrichtung der Lohnklassen und eine Neuorganisation der Beiträge entsprechend den erhöhten Leistungen der Invalidenversicherung. Eine Vorfrage über die Versicherung bei Arbeitslosigkeit liegt dem Reichstag bereits vor. Im nächsten Zusammenhange mit dieser Frage steht die Frage des ländlichen Siedlungswesens und die Durchführung des Heimstättengesetzes. Am Ausbause der großen Reichsversorgungs der Kriegsschädigten soll auch die Entschädigung ihrer erworbenen körperlichen Schäden erörtert werden. Am Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter befindet sich ebenfalls ein Gesetz in Vorbereitung. Die Neuordnung der sozialen Sondergerichtsbarkeit ist ebenfalls in Bearbeitung. Wir hoffen ausserdem, mit dem Ausbau der Arbeitervertretungen eine neue wichtige Etappe zurückzulegen auf dem Wege zur wirtschaftlichen und sozialen Gesundung und Wiederaufrichtung unserer zusammengebrochenen Vaterlandes. Es ist der ehrliche und aufrichtige Wille der Regierung,

nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern für sie und mit ihr zu regieren. (Beifall.) Wir wollen eine Regierung der Versöhnung, des Ausgleichs, der Gerechtigkeit sein und richten an das deutsche Volk den Ruf, alle verfügbaren Kräfte zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes anzuspornen.

Uns hat nur das Bewußtsein unserer Pflicht gegenüber unserem Volke und unserem Vaterlande an diese Stelle geführt.

Wir sind eine sogenannte bürgerliche Regierung, aber nicht durch unsern Willen. Wir haben auch die sozialdemokratische Partei wiederholt und dringlich um Mitarbeit in der Regierung gebeten. Ich bitte mich, den ablehnenden Bescheid einer kritischen Betrachtung an unterziehen, aber das glaube ich ohne Widerspruch feststellen zu dürfen: der freiwillige Verzicht auf die Mitarbeit in der Regierung legt der betreffenden Partei Verpflichtungen gegenüber einer Regierung, die nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern wie bisher mit ihr und für sie regieren will, deren dringlichste Sorge dem werktätigen Volk gewidmet sein soll, wertmäßig im weitesten Sinne aller körperlich und geistig Ringenden, den Arbeitern in der Landwirtschaft, im Handwerk, in der Fabrik, im Bergbau, den Arbeitenden auf allen Gebieten auch des geistigen und künstlerischen Schaffens. Wir wollen sein

eine Regierung der Versöhnung, des Ausgleichs der Gegensätze, des Aufrufs an die ganze Nation zur tatkräftigen Mitarbeit an der Wiederaufrichtung des zusammengebrochenen Vaterlandes. Nötiger als eine starke Faust scheint uns jetzt jene ehrliche dargebotene Hand zu sein, in die alle Wohlmeinenden einschlagen können. Es ist die Hand, welche die Schwächen unvergessener Arbeit aufweist und sich nach einem langen Lebenslauf nur mit der Friedenspalme schmücken will, keine Gefahr für irgendein Volk der Erde, aber die Hoffnung aller nach Gerechtigkeit, Sprache, Sitte und Lebensauffassung liegt langsam, ja zum Teil seit einem Jahrtausend mit uns Verbundenen, die ein Auredit darauf haben, daß das schöne Wort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker auch einmal Wahrheit werde. Uns hat nur das Bewußtsein der Pflicht gegenüber Volk und Vaterland an dieser Stelle geführt. Wenn irgendwo der bedeutende Mann mit gewichtigem Namen und anerkanntem Ansehen aus bewährter Vergangenheit gefunden wird, glauben Sie mir, es wird für mich keine glücklichere Stunde geben als die, da ich das mir anvertraute Amt in seine Hände legen kann. Gott ist mein Zeuge. Ich habe vor Ihnen als ein Opfer meiner Auffassung von vaterländischer Pflicht, und das gleiche gilt von meinen Herren Kollegen, in das deutsche Volk und seine Vertretung appelliert, daß sie sich bei ihren politischen Entschliessungen von den gleichen Beweggründen leiten lassen. In einer Stunde der Not und folgenreicher Entscheidung treten wir vor den deutschen Reichstag. Gemeinsam wollen wir schaffen, Trennendes zurückstellen, uns zusammenfinden im Gedanken des Opfers für das große Ganze.

Pressestimmen.
Berlin, 29. Juni. Abgeschlossen von den Unabhängigen herrscht bei allen Parteien Befriedigung über die gestrige Reichstagsdebatte vor. — Kein Mißtrauen gegen die Regierung — so schreibt die „Post-Zeitung“. — Die „Germania“ findet es selbstverständlich, daß jetzt, da das Zentrum an die Spitze der Regierung treten mußte, keine Auffassung sich noch energischer in den Vordergrund dränge, als dies bisher schon habe geschehen können. Das Zentrum habe sich nicht an die verantwortungsvollen Stellen gedrängt, sondern diese nur aus Pflichtgefühl übernommen. — Das „Berl. Tagebl.“ sagt, die jetzige Regierung sei eine solche „zwischen den Schichten“. Ihre Politik sei die Politik des Wartens, die schließlich alle Parteien einhalten müssen. — Wie der „Vorwärts“ schreibt, zeigte sich das augenblickliche Gleichgewicht der Kräfte auf dem die neue Regierung beauftragt, daß der Abg. Bergström sich von rechts her die Erlaubnis zu eigen machte, die Scheidemann von links her abgab.

Die drei Entente-Noten.

Auflösung der Sicherheitspolizei.
Berlin, 29. Juni. Die Regierung veröffentlicht heute den amtlichen Wortlaut der drei jüngsten Noten der Alliierten, bezw. des Vorsitzenden der Friedenskonferenz an Deutschland über die Entwaffnungsfrage. Darin verlangen die Alliierten, daß die militärischen Kräfte Deutschlands auf die durch den Friedensvertrag bestimmte Stärke von 100 000 Mann herabgesetzt werden. Die für die Herabsetzung benötigte Frist bis zum 10. Juli könne nicht verlängert werden. Ferner sei die Sicherheitspolizei innerhalb drei Monaten vollständig aufzulösen. Die Alliierten seien dagegen, um der deutschen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern ausreichende polizeiliche Kräfte zu belassen, mit der Verstärkung der alten Ordnungspolizei genannten Polizeitruppe von 90 000 auf 150 000 Mann einverstanden. Die alliierten Regierungen verlangen weiterhin gemäß Artikel 202 des Friedensvertrages die Auslieferung des gesamten Luftfahrtmaterials des Heeres und der Marine und sehen im übrigen der Erwartung Ausdruck, daß die deutsche Regierung ihnen keinen Antrag auf Abänderung der militärischen Bestimmungen des Vertrages mehr vorlegen werde, da solche Anträge nur abschlägig beschieden werden könnten.

Die Kanonen von 1870.
Paris, 29. Juni. Gemäß Artikel 145 des Versailler Vertrages, der die Rückgabe der Kriegstrophäen der beiden letzten Kriege vorsieht, hat die deutsche Regierung dem Oberkommissariat der Republik in Straßburg 36 alte Kanonen übergeben, die die deutschen Truppen 1870 erbeutet hatten.

